

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Hasskommentare im Internet

Anfrage der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 10.07.2019

Die FAZ berichtete am 05.07.2019 unter der Überschrift „Tausende Verfahren gegen den Hass“, dass die Erfolgsaussichten bei der Verfolgung von Hasskommentaren im Internet und fragwürdiger Zuschriften per Post oder E-Mail äußerst gering seien. Exemplarisch wurde der Fall des Kasseler Regierungspräsidenten genannt. Nach dessen damaligem Auftritt bei einer Bürgerversammlung auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise habe er bergeweise Zuschriften erhalten. Rund 350 E-Mails seien es gewesen, darunter auch Morddrohungen. Die Staatsanwaltschaft habe daraufhin zehn Ermittlungsverfahren aufgenommen, sieben davon hätten sich gegen Unbekannt gerichtet. Acht seien eingestellt worden, und bei zweien stünden die Ermittlungsergebnisse noch aus. Verurteilungen gebe es bisher keine.

Nach dem mutmaßlichen Mord an Regierungspräsident Lübcke wolle Hessen nun verstärkt und deutlich rascher als bisher gegen Hasskommentare im Netz vorgehen, und zwar auf zwei Wegen: Innerhalb der Sonderkommission „Liemecke“ des Landeskriminalamts, die im Fall Lübcke ermittelt, solle eine Arbeitsgruppe die Kommentare im Netz zu dem Fall sichten und entsprechende Kommentare der zuständigen Staatsanwaltschaft weiterleiten, sofern der Anfangsverdacht einer Straftat bestünde.

Außerdem solle eine Task Force gegen Hetze im Netz aufgebaut werden. Diese solle innerhalb des „Cyber Competence Centers“ („Hessen 3C“) angesiedelt sein, das zum Innenministerium gehöre. Dort sollen Polizisten, IT-Fachleute und Verfassungsschützer im Austausch mit der „Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT)“ der Staatsanwaltschaft Frankfurt und dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) gemeinsam gegen Hetze im Internet vorgehen.

1. Wie viele Ermittlungsverfahren sind in Niedersachsen wegen Hasskommentaren im Internet und/oder fragwürdiger Zuschriften per Post oder E-Mail in den Jahren 2016, 2017, 2018 und in der ersten Jahreshälfte 2019 eingeleitet worden?
2. Wie viele dieser Ermittlungsverfahren mündeten in eine Verurteilung?
3. Was unternimmt die Landesregierung gegen Hasskommentare im Internet und/oder fragwürdige Zuschriften per Post oder E-Mail?
4. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf im Umgang mit bzw. hinsichtlich der effektiveren Verfolgung und Bekämpfung von Hasskommentaren im Internet und/oder fragwürdiger Zuschriften per Post oder E-Mail?
5. Wäre der Ansatz aus Hessen - Einrichtung einer Sonderkommission und/oder Task Force - auch für Niedersachsen sinnvoll?

(Verteilt am 18.07.2019)